

Darauf freuen wir uns!

Die Firma Wirz & Co. will gegen die «Nation» klagen

Die Firma Wirz & Co. in Eriswil, die ihren Heimarbeiterinnen Stundenlöhne von zirka 10 Rappen bezahlt, hat der Presse auf unsere Heimarbeiterreportage in Nr. 10 folgende «Oeffentliche Erklärung» zustellen lassen:

Oeffentliche Erklärung

Der Anwalt der Firma Wirz & Co., Eriswil, schreibt uns:

Die Zeitung «Die Nation», Nr. 10 vom 13. März 1943, enthielt einen längeren, mit photographischen Aufnahmen begleiteten redaktionellen Artikel, in dem die Lohnverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen der Strickwarenfabrik Wirz & Co. in Eriswil einer leidenschaftlichen Kritik unterzogen und diese Firma als gewissenlose Ausbeuterin angeprangert wird. Der Artikel stellt eine derartige, auf Sensation berechnete Aufmachung dar, dass er bei dem lesenden Publikum das grösste Aufsehen erregen musste. Dagegen steht er mit den wahrheitsgemässen Tatsachen in absolutem Widerspruch und charakterisiert sich seinem Inhalt und seiner ganzen Tendenz nach sowie in der Darstellung der ihm zugrunde liegenden Begebenheiten als ein grober und schamloser Angriff auf die Ehre und Rechtsschaffenheit der Inhaber der genannten Firma und hat gerade wegen dieser Eigenschaft einem Teil der Leser der genannten Zeitung Veranlassung gegeben, den Anschuldigungen Glauben zu schenken und in ebenso unerhörtem als leidenschaftlichem Tone gehaltenen offenen und anonymen Zuschriften die Beleidigungen zu wiederholen. Die Firmainhaber sehen sich deshalb genötigt, zur unparteiischen Klärstellung des ganzen Sachverhaltes den Schutz der Gerichte anzurufen und haben zu diesem Zwecke den unterzeichneten Anwälten Vollmacht zur Anhebung und Durchführung der hierzu notwendigen Vorkehren erteilt.

Solothurn, den 17. März 1943.

Dr. Studer, Fürsprecher.

die Presse ausführlich, und auch die Rolle, die dabei Dr. L. F. Meyer spielte, wurde damals öffentlich bekannt. Die Aktionäre all jener Unternehmungen verloren Millionen — die Verwaltungsräte hatten hohe Tantiemen eingesteckt. Man vergesse nie: Geld, das irgendwo verlorengeht, wird immer irgendwo anders «einkassiert».

Und nach all diesen Dingen wurde der Mann Nationalrat und noch viel rascher eines der einflussreichsten Mitglieder der freisinnigen Fraktion! Man fragt sich: Sehen denn die Leute, die einen solchen Mann zum Chef der Fraktion wählen, diesen nicht an? Es ist ganz ausgeschlossen, dass alle von dieser Tätigkeit des erfolgreichen «Geschäftsadvokaten» nichts wussten. Man rühmt die grosse Intelligenz von Dr. L. F. Meyer. Kommt es denn bei der Auslese der politischen Führer nur auf die Intelligenz, resp. Gerissenheit, und gar nicht auf den Charakter an? Merken die politischen Gesinnungsfreunde von Dr. L. F. Meyer in den Sitzungen, in den politischen Beratungen, im privaten Gespräch usw. gar nichts von seinem Charakter? Oder kommt es bei der Erringung einer «politischen Position» nur auf Geld, gute Beziehungen usw. an?

Lauter sehr ernste Fragen, denn hier geht es um die Sauberkeit in der Demokratie. Nebenbei drängt sich noch eine andere Frage auf: Was sagt eigentlich die Berufsorganisation der Advokaten zu einer solchen geschäftlichen Tätigkeit eines ihrer Mitglieder? Es ist gerichtlich nachgewiesen worden, dass Dr. L. F. Meyer als Verwaltungsratspräsident jeweils noch kurz vor der Pleite der erwähnten Unternehmungen öffentlich beruhigende Versicherungen über die Bonität und Reellität jener Unternehmungen abgab. Die Oeffentlichkeit wurde absichtlich getäuscht — gibt es für solche Täuschungen keine gerichtliche Sanktion und keinen «Ehrenkodex» für die Sauberkeit eines Berufsstandes?

Beim letzten Zürcher Kommunistenprozess sind einige Arbeiter zu diversen Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil sie verbundene Flugblätter verteilten. Wer hat die Demokratie mehr geschädigt, diese Arbeiter oder der ehemalige Präsident der radikal-demokratischen Gruppe der Bundesversammlung, der jetzt einige tausend Franken für Gerichts- und Advokatenkosten zahlen muss, dem aber die Justiz sonst gar nichts antut?

Führende freisinnige Politiker versicherten uns, dass sie bis zum Castiglioni-Skandal nichts von den früheren «Leistungen» Dr. L. F. Meyers wussten; ebenso wird darauf verwiesen, dass die Parteinstanzen Dr. L. F. Meyer sofort zur Niederlegung seiner politischen Ämter veranlassten, als sie von den jetzt in den Prozessen verhandelten Dingen erfuhren. Aber nicht alle waren ganz unwissend, und darum bleibt unsere Hauptfrage offen: Wie war es möglich, dass ein Mann mit diesen politischen und moralischen Grundsätzen in die politischen «Spitzenregionen» kommen konnte? Können unsere Politiker wirklich nicht besser zwischen Worten und Taten, zwischen Phrasen und Charakter unterscheiden?

Gerne geben wir der Oeffentlichkeit von dieser vielsagenden Erklärung Kenntnis. Sie beweist erneut, welch hinterwäldlerischer und rückständiger Geist in den Köpfen dieser Unternehmer aus dem letzten Jahrhundert herrscht. Diese Angelegenheit ist gar nicht gerichtlich zu erledigen; da müssen soziale Zustände, die für unser Land eine Schande bedeuten, geändert werden. Dazu braucht es keinen Richter, sondern ein Einigungsamt. Dieses aber ist bereits zusammengetreten und hat einstimmig die Forderungen der Heimarbeiterinnen anerkannt. Wir dürfen an dieser Stelle noch feststellen, dass sogar die im Einigungsamt vertretenen Arbeitgeber die Löhne der Firma Wirz als ungenügend bezeichneten.

Die Vertreter der Firma Wirz haben auch die in unserem Artikel geschilderten Arbeitslöhne vollumfänglich bestätigt.

Um so mehr wundert uns die Unverfrorenheit der obigen Erklärung. Wir sind gespannt darauf, wie die Firma Wirz unsere Darstellung widerlegen will. Dass sich die

sind Sie nicht auch der Meinung?

Und öfters kommt es anders ...

Im Jahre 1793 hat ein patriotischer schweizerischer Zeitungsschreiber gegen eine gewisse ausländische Propaganda mit folgenden Worten Stellung genommen:

«Liebes Ausland, seit einiger Zeit erweist du uns die Ehre, dich mit unserm Tun und Lassen zu beschäftigen, deine Zeitungen und Broschüren mit Nachrichten von unserer Wenigkeit anzufüllen, und würdest dich sogar, unbekannter und ungenannter Weise mit uns in einen gedruckten Briefwechsel zu treten, und sendest uns daher von Zeit zu Zeit Schriftlein, die in deinen Augen wohl interessant sein können, die uns aber allemal zwei Batzen kosten, für die wir uns lieber von irgendeinem armen Manne einen Gotteslohn verdient hätten.

Wir wissen nicht, liebes Ausland, wie wir zu dieser sonderbaren Ehre gekommen, und es ist uns wahrlich nichts bekannt, wodurch wir sie hätten verdienen können. Wir sind nichts als gute ehrliche Leute, mit Gott und Welt zufrieden, und tun niemandem was zuleide, und mischen uns in keine Händel, und wünschen nichts, als dass man uns auch so behandelt und in Ruhe lassen möchte.

Wir wünschen nichts als die Fortdauer einer weisen Regierung, die Gott mit so augenscheinlichem Segen, Ueberfluss und Wohlstand beglückt, bei der die Witwe getröstet, das Waislein versorgt und jeder Arme erquicket ist, einer Regierung, wo Schulen und Spitäler, Magazine und alle Anstalten neue Beweise von der Einsicht und dem Vaterlandsgeist unserer Obrigkeit sind.»

Der Wunsch des braven Schweizer Patrioten ist nicht in Erfüllung gegangen, denn kaum einige Jahre später drangen die französischen Revolutionsheere in die Schweiz ein, und am 5. März 1798 besetzten sie Bern, die stolze Stadt am Aarestrand. Mit einem Schlag war alles, was vorher musterergültig erschien, musterergültig geworden, und was vorher von allen gelobt wurde, stand jetzt unter schärfster Kritik und war «schon längst faul und dem Untergang geweiht gewesen».

Es ist vielleicht gut, wenn wir uns heute an diese historischen Tatsachen erinnern und unsern kritischen Geist daran schulen. Vor allem sehen wir eines ganz klar: Es kann sich heute kein Land einer Idylle erfreuen, abgeschlossen und für sich allein leben. In der Millionenwelt des Massenzustandes, im Jahrhundert des Grossflugzeuges und der Radiowellen ist das vollends eine Unmöglichkeit.

Wir können nur mit allen uns gegebenen Mitteln danach trachten, wachsam zu sein und uns in keinem Falle überrumpeln zu lassen wie unsere Vorfahren im Jahre 1798.

Vor dem Mehranbau 1943

Wir haben nicht jedes Jahr eine so reiche Ernte wie im Jahre 1942. Man macht dieses Frühjahr die Erfahrung, dass vielerorts der Eifer für den Mehranbau nachgelassen hat. Weil sie diesen Winter keinen Hunger spürten, Kartoffeln und Gemüse im Ueberfluss vorhanden waren, meinen etliche Pflanzler vom Jahre 1942, sie bräuchten sich dieses Frühjahr nicht mehr so fest anzustrengen, und der Krieg werde ja bald zu Ende gehen. Nichts ist falscher als diese «Füßbürgermentalität». Nie war die Anstrengung für das Pflanzwerk notwendiger als dieses Frühjahr. Wir werden den näch-

Firma in ihrer Ehre betroffen fühlt, begrüßen wir. Dies ist noch die einzige Feststellung, die zugunsten dieses Arbeitgebers spricht. Wer arme Heimarbeiterinnen zu solchen Almosen-Löhnen beschäftigt, der muss und soll sich in seiner Ehre verletzt fühlen, wenn er überhaupt noch einen Funken sozialen Empfindens hat.

Welcher Geist in der Firma Wirz & Co. herrscht, beweist die betrübliche Tatsache, dass die Firma bereits Arbeiterinnen ausgesperrt hat, die sich gegen die menschenunwürdigen Löhne gewandt haben und diesen Frauen keine Arbeit mehr gibt. Damit verletzt die Firma Wirz in grösster Weise die gesetzliche Bestimmung, dass, solange die Verhandlungen vor Einigungsamt laufen, keine Arbeiterinnen ausgesperrt werden und diese auch nicht streiken dürfen. Es wirkt geradezu paradox, dass eine Firma, die sich jetzt schon nicht an die Gesetzesbestimmungen hält, glaubt, gegen eine wahrheitsgetreue Schilderung den Richter anrufen zu müssen.

Was wir in unserer Reportage über die Firma Wirz & Co. sagten, dazu stehen wir Wort für Wort. Auf den Prozess mit der Firma Wirz & Co. freuen wir uns. Su.

PS.: Die Firma Wirz hat an die Redaktion der «Nation» den Vorschlag einer «gütlichen Einigung» gemacht. Wir haben keine Veranlassung, dazu Hand zu bieten. Wir haben in dieser Angelegenheit nichts zu berichtigen.



sten Winter wie noch nie darauf angewiesen sein, die Erzeugnisse aus dem eigenen Boden verzehren zu können. Wer dieses Frühjahr nicht Kartoffeln und Gemüse pflanzt, und die Hände in den Schoß legt, schadet der Heimat. Er schadet seiner Familie und sich selber. Soweit es an uns liegt, und es liegt zu einem schönen Teil an uns, soll das Schweizervolk auch im Winter 1943/44 keinen Hunger leiden.

Von den Thesen zu den Taten

Einst in «grauer Zeit» — am 16. Dezember 1917 in Olten — hat eine Versammlung von Jungfreisinnigen folgende Thesen beschlossen:

1. Es ist Sache der Gerechtigkeit, dass die Industriearbeiterschaft sich in Berufsverbänden (Gewerkschaften) organisiert. Es ist Pflicht, die Arbeiterschaft bei ihrer Bestrebung, sich zu organisieren, zu unterstützen.
2. Es ist ein gemeinsamer Rat der Industrie, bestehend aus Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber, zu schaffen, der die Fragen des Arbeitsverhältnisses zu erörtern und zu prüfen hat. Arbeitsparlament.)
3. Es hat der Rat der Industrie ein Schiedsgericht zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu bestellen, welches Gewähr für eine unparteiische Wirksamkeit bietet.
4. Es ist das Arbeitsrecht auszugestalten, insbesondere durch Festsetzung von Tarifverträgen und nach der Konjunktur veränderlichen Lohn Tabellen.
5. Es sind Mindestlöhne festzustellen, deren Mass sich nach den Bedürfnissen des Arbeiters und der Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers richtet. Lohnverträge, die unter den Ansatz des Mindestlohnes gehen, sind als unsittlich ungültig. Es besteht ein klagbarer Anspruch bis zum Betrag des Mindestlohnes.
6. Es ist der Arbeiterschaft die Beteiligung an Gewinn und Eigentum der Industrie anzustreben.

Nachdenklich muss stimmen, dass heute im Jahre 1943 nur ein kleiner Teil dieser Thesen Wirklichkeit geworden ist. In vielen Gauen unseres Vaterlandes ist nicht einmal das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft gewährleistet. Die grössten Fortschritte sind in der These 4 erzielt worden. Das Arbeitsrecht wurde ausgebaut, aber noch bleibt auch hier vieles zu tun übrig. Man siehe zu, dass die grossen Entschlüsse, die es heute braucht, früh genug gefasst werden.

Coriolan.

Nur eine Politik: Sozialpolitik!

In einem Bericht aus der Westschweiz, den die «Neue Zürcher Zeitung» publiziert, wird erzählt, auf dem Parteitag der waadtländischen Freisinnigen habe ein Vertreter der Jungen erklärt: Es gibt für uns nur eine Politik, nämlich die Sozialpolitik, was freilich einen Industriellen böse in Harnisch gebracht habe gegen die Jugend von heute.

Auch dieses Vorkommnis ist ein Zeichen dafür, dass sich etwas ändert im Denken des Volkes. Dieses verlangt immer entschiedener nach einer Politik, welche die Existenz der breiten Massen sichert durch eine umfassende Sozialpolitik. Mögen die Behörden das rechtzeitig erkennen, bevor die Entwicklung sich überstürzt.

Lätze der Woche

Wenn der Krieg vorüber sein wird, dann werden die demokratischen kapitalistischen Völker zu beweisen haben, dass sie aufs höchste daran interessiert sind, dass jedermann Arbeit hat und alle natürlichen Hilfsquellen voll ausgenutzt werden. Wenn die westlichen Demokratien Beschäftigung für alle finden und die Produktion ausdehnen können, dann brauchen sie auch nicht die Wiederbelebung der kommunistischen Propaganda alter Art von innen heraus zu befürchten.

Wallace, Vizepräsident der USA.

Niemand wird die gewaltigen wirtschaftlichen Leistungen verkennen, die das bolschewistische Russland vollbracht hat und die heute in der erfolgreichen Verteidigung gegen den bestausgerüsteten europäischen Staat zutage treten. Ein jeder wird sich vor allem pietätvoll vor den Opfern verneigen, die der russische Mensch als Soldat und als Bürger seit zwei Jahren zur Verteidigung der heimatlichen Scholle bringt.

«Schweiz. Handelszeitung.»

Mögen die im Krieg verwickelten Völker die Position beziehen, die sie für richtig finden, für die Neutralen aber, zumal für solche, deren Neutralität grundsätzlicher und unabänderlicher Natur ist, liegt der Weg im eigenen Willensakt begründet, und keine fremde Macht auf Erden besitzt die Gewalt, sie zu mobilisieren oder sonstwie über sie zu verfügen.

«Landbote.»

Es ist wahr, dass die Metallarbeiter gewerkschaftliche Erfolge errungen haben, die früher nie, auch im schärfsten Streik nicht, errungen worden sind.

«Volksrecht.»

In Tat und Wahrheit liegen die Dinge so, dass man sich sehr wohl eine energischere Hand der Behörden gegen rechts und links vorstellen kann, nachdem man einmal zum Verbot gegriffen hat. Was sich die illegalen Kommunisten in Genf und Basel leisten konnten, ist kaum weniger bedeutungsvoll als die Tätigkeit der «Eidgenössischen Sammlung» und der «Front».

«Basler Nachrichten.»

Die sozial eingestellten Kreise in der schweizerischen Freisinnigen Partei kommen nie genügend auf gegen diese Kreise, die vielfach hinter den Kulissen arbeiten. Man war im freisinnigen Lager zu wenig kritisch geworden gegen die reinen Geschäftspolitiker und liess sie zu sehr Handels- und Kapitalinteressen anstatt Volksinteressen vertreten.

«Landbote.»



was hat sie diese Rolle am meisten geipert?

Zu meinem privaten Studium und zur Erweiterung meiner politischen Kenntnisse wollte ich vor einigen Tagen auf der Universitätsbibliothek in Basel das «Kommunistische Manifest» von Marx und Engels holen. Der Angestellte an der Ausgabe fragte mich: «Was wollen Sie damit?» Auf meine Antwort, dass ich beabsichtige, die Schrift zu lesen, verschwand er mit dem Bändchen, um seinen Vorgesetzten zu fragen, ob er es ausgeben dürfe. Auf meine Frage nach dem Grund dieser Regelung, antwortete der Angestellte, es bestehe eine Vorschrift, nach der «solche Schriften» eigentlich nicht ausgegeben werden dürfen.

A. F.

Diese Einsendung erinnert uns an folgende hübsche Geschichte, die momentan in Bern erzählt wird. Ein Student wollte auf einer Bibliothek das «Kapital» von Marx zur Lektüre in Empfang nehmen. Er erhielt das Buch, wurde aber am gleichen Abend in seiner Wohnung verhaftet und zwei Tage in Untersuchungshaft gehalten, um dann wieder, ohne Erklärung, entlassen zu werden.

Wir wissen nicht, ob die Geschichte wahr ist, aber allein die Tatsache, dass sie wahr sein könnte, muss nachdenklich stimmen.